

Mit Kindern den Heimaltag gestalten – eine Chance für die Heimlandschaft

Zum Einstieg ein kleines gedankliches Experiment: Stellen Sie sich den Lebensalltag der Kinder und Jugendlichen in Ihrer oder in einer Einrichtung vor, die Sie kennen. Sie sind in der betreffenden Einrichtung entweder als Heimleiterin, Sozialpädagogin auf der Gruppe, Therapeutin, Lehrkraft usw. tätig. Wählen Sie eine konkrete Funktion aus und versuchen Sie, aus dieser Funktion heraus die folgenden Fragen für sich zu beantworten:

In welchen Gebieten, Themen, Lebensbereichen bringen Ihre Kinder mehr Kompetenzen mit als Sie selbst?

Kennen Sie die Kompetenzbereiche Ihrer Kinder?

Welche Bereiche des Heimaltags, zum Beispiel materielle Versorgung, Zusammenleben in der Gruppe, Einzelförderung, Organisationsabläufe, pädagogische Qualität, können Kinder

- besser einschätzen als Sie?
- gleich gut einschätzen?
- schlechter einschätzen?

Bei welchen Entscheidungen in Ihrer Einrichtung möchten Kinder selber bestimmen? Mitbestimmen können?

Welches sind die verankerten Rechte in Ihrer Einrichtung? Welche Selbstbestimmungs- beziehungsweise Mitbestimmungsrechte haben die Kinder?

In diesen Fragen klingt ein Perspektivwechsel an: Kinder werden unabhängig von ihrer Problemsituation als kompetente Rechtssubjekte adressiert, denen man sozusagen aufgrund ihres Status als Mitglied in einer Organisation bestimmte Rechte zuspricht. Die wenigen empirischen Studien zum Thema Partizipation in Heimeinrichtungen zeigen jedoch, dass dieser Vision oft diffuse Ängste entgegenstehen. So äussern

sich Fachpersonen besorgt darüber, dass ihre eigene Fachlichkeit untergraben werde, ein Chaos ausbrechen könnte, zeitintensives Aushandeln nötig würde, zu wenig Ressourcen vorhanden seien und nicht zuletzt, dass «ihre» Jugendlichen dafür zu wenig Kompetenzen und Interessen mitbringen (vgl. u. a. Schrettl, 2006, oder Stork, 2007).

Anscheinend stellt die Debatte über Partizipation gerade aus der Perspektive der Fachkräfte zwar ein notwendiges, aber ambivalentes Thema dar. Es beinhaltet normative Appelle, von denen man sich überfordert fühlt oder die ein schlechtes Gewissen auslösen, ohne dass klare Vorstellungen vorhanden sind, was Partizipation in diesem Falle eigentlich heisst. Hinzu kommt, dass der sozialpädagogische Alltag schon anspruchsvoll genug ist.

Partizipation zwischen Pädagogik und Politik

Versucht man das Dilemma zu verstehen, das sich hinter den Ambivalenzen, welche die Partizipationsdebatte in der Praxis auslöst, verbirgt, so lassen sich verschiedene Spuren finden.

Unklare Begrifflichkeit: Alle reden von Partizipation, aber jede, jeder versteht etwas anderes darunter. So ist oft nicht klar, ob es um die Beteiligung bei Entscheidungen geht, welche die einzelne Person oder das Kollektiv betreffen. Während einige bereits informiert sein als Ausdruck von Partizipation verstehen, steht am anderen Pol die autonome selbstverwaltete Einrichtung.

Verändertes Leitbild: «Kinder von heute wissen, was sie wollen (...) Als Leitbild elterlicher und professioneller Erziehung gilt nicht mehr ausschliesslich das gehorsame, sondern das eigenständig denkende

und handelnde Kind. (...) man setzt auf Verhandlungsstrategien (Nave-Herz 2002)» (UNICEF-Broschüre 2002, S. 4/5). Dieses gesellschaftliche Leitbild, das durch die empirischen Ergebnisse der letzten Studien (NFP 52) belegt wird, scheint jedoch weit weg von der Realität von Jugendlichen zu sein, die in Heimen leben.

Vielfältige Motive

- **Rechtliche Motive:** Kinderrechtskonvention und weitere gesetzliche Rahmenbedingungen müssen durchgesetzt werden, und dies geht nur über Partizipation
- **Politische Motive:** Politikverdrossenheit und Identifikationsmangel führt zu der Suche nach neuen Strategien; man möchte möglichst frühzeitig Betroffene zu Beteiligten machen, um durch positive Erfahrungen das Engagement für Politik zu verbreitern und auf der anderen Seite die Legitimation von Entscheidungen zu erhöhen
- **Demokratische Motive:** Von John Dewey stammt die These, dass die beste Demokratieerziehung nur in demokratischen Institutionen stattfinden kann (vgl. Stork, 2007, S. 222). Hier geht es darum, dass nicht nur das Politikfeld, sondern auch alle anderen gesellschaftlichen Teilbereiche wie Wirtschaft, Bildung etc. demokratisiert werden.
- **Pädagogische Motive:** Nur über Beteiligungsprozesse können Kinder zu selbständigen mündigen Subjekten heranwachsen. Dieses Erziehungsziel gilt es ernst zu nehmen. Das bedeutet eine stetige Veränderung der asymmetrischen Machtbalance zwischen Erziehenden und den Kindern.

Diese Motive können sowohl dazu dienen, Partizipation einzufordern als auch abzublocken.

Versucht man solche Unklarheiten, Widersprüche und unterschiedlichen Tendenzen einzuordnen, so lässt sich für die Heimerziehung der Widerspruch reduzieren: auf den realen oder auch vermeintlichen Gegensatz von Politik und Pädagogik. Es kann zunächst einmal hilfreich sein, die beiden Perspektiven auseinanderzuhalten, damit die pädagogische Position nicht instrumentalisiert wird durch die politische Position beziehungsweise umgekehrt.

Aus der pädagogischen Perspektive lässt sich sodann fragen, wie sehr Kinder in ganz unterschiedliche Entscheidungsprozesse einbezogen werden sollen, damit sie sich optimal entwickeln und entfalten können – dies immer auf eine Zukunft als mündige Subjekte bezogen, die ihr eigenes Leben gestalten, sich an der Gestaltung von für sie wichtigen Gemeinschaften und an der Gesellschaft beteiligen können.

Aus einer demokratietheoretischen Position lässt sich die Frage stellen, wie viel Machtteilung zwischen den verschiedenen Hierarchieebenen und zwischen Erwachsenen und Kindern im Hier und Jetzt einer Organisation vorhanden ist. Es handelt sich dabei um eine klare politische Forderung auf der Basis einer demokratischen Position.

Je nach Perspektive verändern sich die Erfolgskriterien. Aus einer politischen Perspektive lässt sich der Erfolg der Partizipationsbemühungen an der erfolgten Machtteilung im Hier und Jetzt feststellen; aus der pädagogischen Perspektive ist der Erfolg nicht nur im Hier und Jetzt, sondern auf die Zukunft, auf die Entwicklungsperspektive der Jugendlichen angelegt, sichtbar in ihrem Zuwachs an Selbstverantwortung. Betrachtet man den Rahmen, in dem sich die öffentlichen Erziehungshilfen bewegen, dann kann man zu Recht davon ausgehen, dass der Demokratieanspruch sowohl mit den gesellschaftlichen Erziehungs- und Normalisierungsansprüchen als auch mit individuellen Leistungsansprüchen konkurriert.

Für die Einführung von Partizipation erscheint es mir daher notwendig, die beiden Ebenen auseinanderzuhalten:

- politische Ansprüche, die sich auf demokratische Positionen stützen
- pädagogische Ansprüche.

Je nachdem, aus welchen Begründungszusammenhängen Partizipation eingefordert wird, benötigt sie andere Umsetzungs- und Gestaltungsformen. Aber wie kann vor diesem Hintergrund Partizipation konkret aussehen? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten, da es bisher wenig dokumentierte Praxis in der aktuellen Heimlandschaft gibt. Deshalb soll an dieser Stelle die Spurensuche in der Geschichte aufgenommen werden.

Spurensuche in der Geschichte der Heimerziehung

«Kinderrepubliken. Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder- und Jugendheimen» – so lautet ein Buchtitel aus dem Jahr 1995. Es gab also tatsächlich einmal ganz andere Modelle, als wir sie heute traditionell in der Heimerziehung kennen. Zu den wichtigsten Vertretern der Reformpädagogik aus den Zwanzigerjahren gehören A.S. Makarenko, A.S. Neill (Summerhill) oder im deutschen Sprachraum Siegfried Bernfeld (Kinderheim Baumgarten). Interessanterweise bestanden in vielen europäischen Ländern zu dieser Zeit solche Kinderrepubliken. Sie verstanden sich – im Unterschied zur heutigen Heimerziehung – als Alternative zur Familienerziehung, eine Alternative, die anderes, nämlich demokratische Lebensformen anzubieten hatte. Nach Brumlik zeichnen sich diese reformpädagogischen Ansätze durch folgende Strukturmerkmale aus:

- Satzungsheft der Kinder und Jugendlichen
- Wahl von Leitern
- Einsetzung von Rechtssprechungsinstanzen
- Sanktionsgewalt
- ergänzt mit einer eigenständigen Kinderöffentlichkeit.

(vgl. Stork 2007, 69)

Die Basis der Kinderrepubliken bestand nach Kamp in einer «auf Erfahrungslernen beruhenden selbsttätigen oder selbstbestimmten Regelung des Gemeinschaftslebens und der sozialen Beziehung untereinander.» (Kamp 1995, 45) Das Anliegen der demokratischen Pädagogen war es, einen gesunden Lebensort für Kinder zu schaffen und nicht emotionale Störungen einzelner Kinder zu bearbeiten. Interessant ist, dass einige von ihnen einen ausgeprägten psychoanalytischen Hintergrund mitbrachten und der Überzeugung waren, dass Erziehung nicht Böses unterdrücken, sondern primär Möglichkeiten zum Guten bieten könne. (vgl. Stork 2007, S. 71)

Nun lässt sich zu Recht fragen, ob wir diese geschichtlichen Erfahrungen für die Gestaltung der modernen Heimerziehung, die sich in der Regel durch am Familienmodell orientierte kleine dezentralisierte Einhei-

ten auszeichnet, nutzen können. Auf den ersten Blick spricht in Zeiten von Individualisierung und Pluralisierung alles dagegen. Man kann sich jedoch kritisch fragen, inwieweit eine Pädagogik, die sich nur noch am individuellen Subjekt ausrichtet, die Frage vernachlässigt, wie denn Kinder Eigenschaften wie Fürsorglichkeit, Bezogenheit auf andere und Verantwortung für andere erwerben sollen. Wo sind die Orte des Sozialen Lernens beziehungsweise wie müssen diese gestaltet sein?

Ein weiterer Punkt ist die Frage, wie die Machtasymmetrie zwischen Erziehenden und Zöglingen, die einerseits konstitutiv für das Verhältnis und andererseits nur im Hinblick auf Zukunft legitimierbar ist, kontinuierlich abgebaut werden kann, wenn diese Machtbalance nur Thema innerhalb der pädagogischen Beziehung ist? Korczak (1967) macht darauf aufmerksam, dass kollektive Mitbestimmungsverfahren und Modelle der Selbstverwaltung mit einer konkreten Rechtsordnung – und sei es nur ein funktionierendes Beschwerdesystem – einen Schutz für die gelebten Beziehungen untereinander darstellen, für Beziehungen zwischen den Kindern, zwischen den Erziehenden und zwischen Erziehenden und Kindern.

Ein weiterer Punkt könnte sein, dass es gerade für benachteiligte Kinder eine wichtige Erfahrung darstellt, im Rahmen bestimmter Verfahren als individuell gleichwertig behandelt zu werden und das gleiche Stimmrecht zu haben, unabhängig vom konkreten Verhalten.

Immer wieder neu auszuhandelnde Regeln statt Einhaltung vorgegebener Regelkataloge stellen einen konkreten Beitrag zur Demokratieerziehung dar. Neill beispielsweise hat mehrmals das ganze Regelwerk der Sanktionen wieder ausser Kraft gesetzt, und auch Bernfeld betont, wie entscheidend für die Kinder das Erarbeiten geltender Strukturen ist. Zudem erhalten diese Regeln eine deutlich höhere Legitimation und damit Durchsetzungskraft. Kinder erleben praktisch – wie zum Beispiel im Konzept der gerechten Gemeinschaft der «justice community» – dass Regelungen dazu da sind, gemeinsame Anliegen zu lösen, und nicht simple Verhaltensregularien darstellen, die gegenüber einer einzelnen Person tatsächlich unan-

gebracht sind. Schliesslich kann abgestützt auf Kohlberg (Entwicklung des moralischen Gewissens) darauf hingewiesen werden, dass öffentlich ausgetragene und ausgehandelte Konflikte einen ganz zentralen Beitrag zur moralischen Entwicklung von Kindern leisten.

Wege in die Zukunft

Es gibt keine Rezepte für Partizipation. Partizipation lässt sich nicht verordnen, auch wenn man wie M. Wolff und andere empirisch belegen kann, dass Partizipation an bestimmte Voraussetzung gebunden ist, wie zum Beispiel

- Beteiligungskultur in den Organisationen auf allen Ebenen
- Beteiligungsfördernde Grundhaltung der Professionellen (Abgabe von Kontrolle und Macht, Vertrauen in die Fähigkeiten der Jugendlichen, Strategien der Ermächtigung entwickeln u. a.)

Wie aber setzt man dies um? Mit Blick auf die eingangs geschilderte Vision schlage ich folgenden Weg vor:

Sie fassen den Entschluss,

- mehr Einbezug der Kinder im Hinblick auf ihre anzustrebende Selbstständigkeit
- mehr Demokratie mit den Kindern wagen

Um uns auf dieses Experiment einzulassen, müssen wir uns nach Michael Winkler «an der Utopie einer Welt orientieren, in der das Recht an der Gestaltung des eigenen Lebens als unhintergebar gilt, in der tatsächlich jede als Experte und jeder als Experte für sein eigenes Leben angesehen wird; nur so können wir den mehr oder weniger subtilen Formen der Macht ausübung entkommen, die im Namen der Koproduktion stattfindet (Winkler 2000).» (Pluto 2007, S. 99) Der pädagogisch motivierte Einbezug hat gerade in der direkten Auseinandersetzung, im Zusammenleben mit den einzelnen Kindern, aber auch in der – heute oft vernachlässigten Gruppenpädagogik – eine zentrale Bedeutung. Hier sind wir gefordert, Wege dazu zeigen zum Beispiel die Standards Q4Children.

Jugendliche wollen mitentscheiden

Warum mehr Demokratie wagen? In verschiedenen Befragungen, unter anderem auch in einer repräsentativen Befragung von 1070 Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren (Rücklauf von 65 Prozent) aus Einrichtungen in Deutschland, zeigt sich, dass sich Kinder alltagsnah und beziehungsorientiert einbezogen fühlen, dass aber wichtige Bereiche und formalisierte Beteiligungsstrukturen weitgehend fehlen (vgl. Sierwald 2008, S. 36).

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die empirischen Studien zur Partizipation in Familien und Schulen, in der im Jahr 2002 mehr als 12 872 Kinder im Alter von 9 bis 16 Jahren befragt wurden, so lässt sich bei der Mitsprache eine klare Zweiteilung feststellen: Kinder können in der Familie, aber auch in der Schule in erster Linie in Bereichen mitreden, welche die Erwachsenenwelt weniger berühren. Relativ hoch (zwischen 50 und 80 Prozent) sind die Mitwirkungsrechte, wenn es um die Gestaltung des Zimmers, um das Einladen von Freunden, um Kleidung und Verwendung (aber nicht Höhe) von Taschengeld geht. Solches wird vor allem ab dem 11./12. Lebensjahr zugestanden. Dort, wo die Interessen der Erwachsenen tangiert sind, sind die Partizipationsmöglichkeiten aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen schon eingeschränkter, etwa bei der Festlegung von Ferienzeilen (33 Prozent), Essenszeiten (31 Prozent) oder der Wahl eines Haustiers (34 Prozent).

Das Ausmass der Mitsprache im Lebensfeld Schule liegt bei 39 Prozent, und zwar unabhängig von Alter und Schultyp. Partizipation findet hauptsächlich bei Schulaktionen und Klassenzimmergestaltung statt, seltener bei Unterrichtsgestaltung oder Notengebung. Im öffentlichen Raum dagegen sind die Mitwirkungsmöglichkeiten mit 7 Prozent gering, trotz des lebhaften Interesses der Kinder und Jugendlichen, ihr Lebensumfeld auch ausserhalb von Familie und Schule mitzugestalten. Es gibt leichte Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen in Bezug auf den öffentlichen Raum; Kinder mit Migrationshintergrund drücken statistisch signifikant höheres Interesse an der Mitgestaltung aus als Schweizerinnen und Schweizer. Daraus lässt sich ableiten, dass Mitgestaltung immer auch ein Integrationsfaktor darstellt (vgl. UNICEF-Broschüre).

Schritte zur politischen Partizipation

Dies vorausgesetzt könnten die Schritte zunächst innerhalb einer Wohngruppe oder in einer Einrichtung lauten:

Schritt 1: Analyse aus politischer Perspektive

- Was sind Themen, Inhalte, Lebensbereiche, von denen Erziehende wie Jugendliche betroffen sind? Essensorganisation, Schichtdienst, Tagesablauf, Ämterplan, Neuanstellungen, Neuaufnahmen, Budget ...
- Bei welchen dieser Themen könnten wir uns eine Machtteilung zwischen Kindern und Erwachsenen vorstellen?

- Bei welchen dieser Themen sind Kinder, Jugendliche interessiert, Macht zu bekommen, und zwar als Kollektiv?

Schritt 2: Festlegung der Themen

2 Entscheidungskriterien

- Die Mächtigen sind bereit, Macht abzugeben
- Kinder / Jugendliche wollen in Bezug auf die Themen mehr Entscheidungsmacht

Schritt 3: Prozesse definieren

Analyse des aktuellen Standes; auf welcher Stufe von Beteiligung steht aktuell dieses Thema? Hier eignet sich eine Matrix, die von einer holländischen Kollegin, M. Tobe, entwickelt worden ist und die ich für sehr brauchbar halte.

	Bereitschaft	Möglichkeiten	Verpflichtung
5. Kinder teilen Macht und Verantwortung für Entscheidungen	Bereitschaft zur Machtteilung	Gibt es Prozesse, die Erwachsene und Kinder befähigen, Macht zu teilen?	Ist es Bestandteil der Organisationspolitik, dass ...
4. Kinder werden in Entscheidungsprozesse einbezogen	Ist die Bereitschaft vorhanden, ...	Sind die Entscheidungsprozesse so angelegt, dass ...	Ist es Bestandteil der Organisationspolitik, dass Kinder in ...
3. Die Sicht der Kinder wird einbezogen	Sind Sie bereit, die Kindersicht einzubeziehen ...	Ermöglicht es Ihr Entscheidungsprozess, die Kindersicht einzubeziehen?	Ist es Bestandteil der Organisationspolitik, dass die Kindersicht einzubeziehen ist ...
2. Kinder werden unterstützt, ihre Sicht auszudrücken	Sind Sie bereit, Kinder darin zu unterstützen ...	Sind Ideen und Aktivitäten vorhanden, um ...	Ist es Bestandteil der Organisationspolitik, dass Kinder ...
1. Kindern wird zugehört	Sind Sie bereit, auf das zu hören, was Kinder sagen?	Erarbeiten Sie sich Fähigkeiten, um Kinder zu verstehen?	Ist es Bestandteil der Organisationspolitik, dass Kinder angehört werden?

Holländisches Modell / Tobe / Niveaus der Partizipation

1. Kindern zuhören
2. Kinder werden darin unterstützt, ihre Sichtweise auszudrücken
3. Die Sichtweise der Kindern wird mit einbezogen
4. Kinder werden in Entscheidungsprozesse involviert
5. Kinder sind beteiligt an der Macht und Verantwortung für Entscheidungen

Je nachdem, auf welcher Stufe Sie sich mit diesem Thema befinden, stellt sich die Frage, wie die Bereitschaft für den nächsten Schritt erarbeitet wird, welche Möglichkeiten es dafür braucht und auf welche Weise das Thema innerhalb der Organisationspolitik verankert werden soll. Hier stellt sich auch die Frage nach den notwendigen Ressourcen: Finanzen, Personal und Zeit. Kinder benötigen Erwachsene, die sie in den für sie oft ungewohnten Prozessen unterstützen. Gerade die Geschichte der Kinderrepubliken hat deutlich gezeigt, dass – obwohl die Pädagogen formal nicht mehr Macht hatten als die Kinder – ihre Persönlichkeit ausschlaggebend für das Gelingen war. Dabei ist der Hinweis zu beachten, dass politische Aushandlungsprozesse auf Erwachsenenenebene oft nur über verbale Formen laufen; dadurch werden gerade Kinder und Jugendliche ausgeschlossen. Zitat aus einem Hearing, an dem Jugendliche beteiligt waren: «Also ich fand das Zusammentreffen total spannend in Frankfurt. Was mir am meisten gefallen hat, war der Austausch untereinander, wie es bei uns und bei den anderen im Heim abläuft, dass die Erwachsenen uns zugehört und wir uns da auch ausgetauscht haben. Was mir nicht besonders gefiel, war der zweite Tag, weil am Anfang hab' ich nur Bahnhof verstanden, aber dann, wo ich es verstanden habe, fand ich es schön, dazu zu gehören und mitreden zu können ...» (www.diebeteiligung.de).

Schritt 4: Durchführung, Ergebnissicherung und Auswertung

Hier geht es darum, Erfahrungen mit der Umsetzung zu sammeln und in einem dialogischen Verfahren mit allen Beteiligten die Ergebnisse festzuhalten. Was hat sich durch die Beteiligung verändert? Welche neuen Lösungen sind durch Beteiligung ermöglicht worden? Aber auch: Welche neuen Probleme haben sich dadurch gestellt?

Schritt 5: Anerkennung und Austausch

Schliesslich bedarf es der Anerkennung nicht nur in den verschiedenen Interaktionskontexten im Prozess selbst, sondern auch in symbolischen Formen, die öffentlich sichtbar sind. Eine Möglichkeit ist dabei ein zu organisierender Austausch über die Grenzen der einzelnen Einrichtungen hinweg. Beispiele, wie gut

das funktionieren kann, sind zum Beispiel die Heimräte im Bundesland Hessen, der Jongerenraad aus Eindhoven oder das Projekt q4children etc.

Schritt 6: Aus den Erfahrungen lernen und sich an neue Themen wagen

Checkliste für Partizipationsprojekte

Aus verschiedenen Auswertungen, die sich in erster Linie auf kommunale Beteiligungsprojekte beziehen, lassen sich folgende, eher generelle Tipps für erfolgreiche Partizipation ableiten:

- Freiwilligkeit
- Zugänglichkeit
- relevante Themenstellungen
- Einbezug aller Stakeholders
- Begleitung
- klare Verbindlichkeit
- Ehrlichkeit
- gemeinsame Zielformulierung
- Transparenz und Überschaubarkeit
- rechtliche und finanzielle Absicherung
- Ergebnissicherung und Kommunikation
- Wirkung (vgl. UNICEF-Broschüre 2002, S. 9, und Meinhold-Henschel / Schack, 2008)

Der Weg zu einer demokratischen Erziehung ist ein experimenteller Weg: Man muss Kindern und Jugendlichen immer wieder mehr «Mündigkeit zutrauen, als faktisch vorhanden ist» (Stork 2007, 227). Das heisst nichts anderes, als dass Erziehende immer wieder einen Vertrauensvorsprung einbringen müssen – unabhängig davon, wie oft er scheitert, denn nur so ist es möglich, sich aus der erzieherischen Falle zu befreien, dass man durch sein eigenes Handeln die Verantwortungslosigkeit der Kinder selber produziert.

Charta Literata

Abschliessen möchte ich meine Ausführungen mit dem grossen Pädagogen Korczak.

Korczak forderte für die Kinder drei Grundrechte ein, auf denen er seine Pädagogik aufbaute

1. Das Recht des Kindes auf seinen Tod
2. Das Recht des Kindes auf den heutigen Tag
3. Das Recht des Kindes so zu sein, wie es ist (Korczak 1967, S. 40).

Diese Grundrechte können ein Stachel im sozialpädagogischen Alltag sein, der uns daran erinnert, dass Pädagogik ohne Partizipation ihr Ziel verfehlt, auch wenn Partizipation allein die Pädagogik nicht ersetzen kann.



Literatur

Kamp J. M. (1995). Kinderrepubliken. Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder und Jugendheimen. Opladen (Leske-Budrich)

Korczak J. (1967). Wie man ein Kind lieben soll. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht)

Meinhold-Henschel Sigrid, Schack Stephan (2008). Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Entwicklungsstand, Handlungsansätze und Qualitätsanforderungen. in: Jugendhilfe 46, 1/2008, S. 21–30

Pluto Liane (2008). Partizipation: Eine Herausforderung in der Kinder- und Jugendhilfe. in: Hilweg Werner / Posch Christian (Hrsg.). Fremd und doch zu Hause. Qualitätsentwicklung in der Fremdunterbringung. Schneider Verlag. S. 97–110

Sierwald Wolfgang (2008). «Gelingende Beteiligung im Heimalltag». Eine repräsentative Erhebung bei Heimjugendlichen. in: Dialog Erziehungshilfe 2/3 2008 S. 35–38

Stork Remi 2007. Kann Heimerziehung demokratisch sein? Eine qualitative Studie zum Partizipationskonzept im Spannungsfeld von Theorie und Praxis. Juventa Verlag

UNICEF Schweiz (2002). 12 872 Kinder und Jugendliche sagen, was sie denken.

Wolff Mechthild (2007). Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Auswirkungen auf die Gestaltung eines Heims. in: Integras. Inspirierend, flexibel, stabil. Angebote, Formen und Rahmenbedingungen der ausserfamiliären Sozialisation. Referate der Integras-Fortbildungstagung 2007. S. 27–33